

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

28.7.1927 (No. 173)

Politische Neuigkeiten

Die Friedensbemühungen im Jahre 1917

In der Trauerfeier für Bundesrat a. D. Hofmann, die Dienstag nachmittag in der dichtgedrängten St. Laurentienkirche zu St. Gallen stattfand, nahmen neben den Familienangehörigen Bundespräsident Motta und Bundesrat Häberlin teil. Im Laufe der Feier ergriß Bundespräsident Motta das Wort, wobei er u. a. ausführte:

Hofmann hatte von 1914 an das politische Departement inne. Die Stellung, die er während des Krieges in der Bundesversammlung einnahm, war überragend und autoritativ. Seine Ausführungen waren klar wie Kristall. Seine Gedanken waren gradlinig, seine Schlussfolgerungen scharf wie ein Schwert. Und dann kam der jähe Abschluß einer glanzvollen politischen Laufbahn. Es war am Vormittag des 18. Juni 1917. Hofmann vollendete an jenem Tage sein 60. Lebensjahr. Während der Sitzung des Bundesrates verlangte er das Wort zu einer, wie er sagte, wichtigen Mitteilung. Nationalrat Grimm, der in Petrograd weilte, habe ihm einige Tage vorher telegraphisch die Bedingungen mitgeteilt, unter denen die Zentralmächte bereit wären, mit Rußland Frieden zu schließen. Er, Hofmann, habe sich aus eigener Entschiedenheit mit dem deutschen Gesandten in Bern in Verbindung gesetzt und den verlangten Aufschluß erteilt. Die diffizierte Depesche, die er durch Vermittlung des schweizerischen Gesandten in Petersburg an Grimm gesandt habe, sei unbefugterweise entziffert worden, und in die Hände der Alliierten gefallen. Er müsse erkennen, daß bei der gewaltigen Kriegseifersucht, mit der ganze Völker um Tod und Leben rangen, seine Depesche von den Alliierten als ein Versuch zur Verhinderung eines Separatfriedens zwischen den Zentralmächten und Rußland gedeutet werden könne. Das sei zwar nicht in seiner wahren Absicht gewesen, doch sei eine unrichtige Auslegung nicht ohne weiteres ausgeschlossen. Hofmann sprach dann sofort von der Möglichkeit, daß er sich zur Demission entschließen müsse. Er habe geglaubt, daß der allgemeine Friede in jenem Zeitpunkt bereits möglich war. Er hatte befürchtet, daß unter dem Weiterdauern des Krieges leicht in Blut und Brand hineingerissen würde. Er wollte aber nicht, wie er selbst in seinem Demissions schreiben betonte, daß sein Verbleiben im Amte eine „Quelle des Mißtrauens und der Uneinigkeit“ würde, und damit dem heiliggeliebten Vaterland zum Schaden gereiche. Niemand wagt an seiner Ehrenhaftigkeit zu zweifeln. Niemand hat ein Klagen, eine Kritik, ein Murren von ihm gehört. Er diene dem Vaterlande weiter, weil er ein Diener dem Vaterlande als eine Selbstverständlichkeit betrachtete.

Die Wahrheit über Ordiès

Zu der Rede des französischen Ministerpräsidenten Poincaré in Ordiès erzählt das Wolffbüro von maßgebender Seite:

Aber die Ereignisse vom 28. bis 25. September 1914 in Ordiès besitzen wir urkundliches Material, das wir jederzeit der Öffentlichkeit unterbreiten können. Darunter befindet sich namentlich ein Auszug aus dem dienstlichen Bericht des Führers der bei den Vorgängen beteiligten Abteilung der freiwilligen Krankenpfleger, ein ausführlicher Bericht des französischen Krankenpflegers J. Caubon, der vom Komitee des Roten Kreuzes in Lille nach Ordiès entsandt war, eine kürzere schriftliche Aussage des französischen Pfarrers Louis Durcouret und die eideidliche Aussage der beiden Ärzte des beteiligten deutschen Bataillons. Aus diesen Berichten ergibt sich in voller Klarheit und bestimmter Form ein Bild über die damaligen Vorgänge. Am 23. September 1914 fuhr eine Kolonne von sieben Automobilen der freiwilligen Krankentransportabteilung der 7. Deutschen Armee nach Ordiès, um in der dortigen Gegend, wie schon mehrmals in den Tagen zuvor, deutsche und französische Verwundete aufzusammeln und der Pflege zuzuführen. Sie wurde, obwohl sie weithin sichtbar das Abzeichen des Roten Kreuzes führte, aus dem Orte Ordiès von einer größeren Anzahl französischer Soldaten und Zivilisten heftig beschossen. Wegen dieses gröblichen Völkerverbrüchens unternahm am 24. September das Landwehrbataillon 35 eine Expedition gegen Ordiès. Es stieß dabei jedoch auf starken Widerstand und mußte unter Zurücklassung von 8 Toten und 85 Vermissten zurückziehen. Daraufhin erhielt am 25. September das 1. Bataillon des 1. Bayer. Pionier-Regt. den Befehl zur Ausführung der Expedition. Bei seiner Ankunft in Ordiès war der Ort nahezu leer. Die Bevölkerung war inzwischen unter Führung des Bürgermeisters entflohen. Den einrückenden deutschen Soldaten bot sich ein schrecklicher Anblick. Sie fanden 21 von ihren Kameraden, die am Tage zuvor verwundet oder unverletzt in Gefangenschaft geraten waren, als furchtbar verstümmelte Leichen vor. Es war völlig zweifellos, daß die wehrlosen Gefangenen in empörender Weise hingerichtet waren. Es ist richtig, daß das Pionierbataillon nun die Häuser der schuldigen Stadt dem Erdboden gleichmachte. Das ist die Wahrheit über Ordiès. Die Zerstörung des Ortes war nicht, wie die französische Darstellung behaupten will, ein Verbrechen der deutschen Truppen, sondern sie war die Vergeltung für schwere Völkerverbrüchungen französischer Kämpfer.

Die Krise im Reichsbanner

Die Vertrauensmännertagung der Zentrumsmitglieder im Reichsbanner, die für Mittwoch angelegt worden war, ist auf den heutigen Donnerstag verschoben worden.

Der „Vorwärts“ teilt mit: Die über die Führung des Reichsbanners in den Reihen des Zentrums und auch bei den Demokraten aufgetauchten Meinungsverschiedenheiten werden anfangs August Gegenstand einer Aussprache im Bundesauschuss des Reichsbanners sein. Die Sitzung hat den Zweck, durch kameradschaftliche Fühlungnahme einen Weg zu finden, um für die Zukunft ähnliche Meinungsverschiedenheiten zu verhindern. An den Vorgesprächen, zu denen der Bundespräsident Göring eingeladen wird, werden sich auch die führenden Persönlichkeiten des Zentrums im Reichsbanner beteiligen. Das Blatt glaubt, daß man sich in der heutigen Aussprache der führenden Zentrumsmitglieder im Reichsbanner damit begnügen werde, die Situation durchzusprechen, ohne Beschlüsse zu fassen, um zunächst die kommende Tagung in Magdeburg abzuwarten. Dem „Sozialdemokratischen Presseblatt“ wird aus maßgebenden Zentrumskreisen mitgeteilt, daß Reichskanzler Dr. Marx seinen Austritt als eine rein persönliche Angelegenheit betrachtet. Er wolle nicht, daß daraus Schlussfolgerungen für die Gesamtpartei gezogen werden.

Göring hat an die Zentrumsmitglieder des Bundesvorstandes des Reichsbanners einen Brief gerichtet, aus dem hervorgeht, daß er bereit sei, den Wünschen der Zentrumsmitglieder des Reichsbanners entgegenzukommen.

Die deutschen Ostbesetzungen. Nach dem Pariser „Temps“ hat die Vorkonferenz am Mittwoch vormittag den Bericht der Sachverständigen über die Zerstörungsarbeiten an den deutschen Ostbesetzungen zur Kenntnis genommen.

Das Stuttgarter Urteil

Im Stuttgarter Kommunistenprozeß wurden — wie bereits kurz gemeldet — nach etwa achtwöchiger Verhandlungsdauer vom ersten Strafsenat des Reichsgerichts die Urteile verkündet, die mit 2½ bis 13 Jahren Zuchthaus in dem Ausmaß der Strafanträge gehalten sind.

Die Urteile gründen sich fast durchweg auf die in der Voruntersuchung von den Angeklagten selbst zugegebenen Tatsachen sowie auf die Angaben in einem im Kreuzföhrischen Landtag von einem Kommunisten verlorenen Buch, in welchem die Stuttgarter Vorgänge verzeichnet waren. Im Ausmaß halten sich die verhängten Strafen nahe an die gesetzlichen Mindeststrafen. Die schwerste Strafe von dreizehn Jahren Zuchthaus trifft den Angeklagten Ebdeler, der sowohl an der Ermordung des Kriminalwachtmeisters Tschiersch wie an dem Bombenattentat auf die „Süddeutsche Arbeiterzeitung“ beteiligt war.

Senatspräsident Niedner bezeichnete in der Urteilsbegründung diesen Prozeß als den größten und schwierigsten seit dem Bestehen des Reichsgerichts. Er erklärte, daß nicht die Angeklagten die Verantwortlichen für die Straftaten seien, sondern daß diejenigen die Hauptschuld treffe, die sich in Rußland in Sicherheit gebracht hätten. Wenn auch die Angeklagten die verführten Opfer der kommunistischen „Wozgen“ seien, müssen sie trotzdem zur Verantwortung gezogen werden.

Die Vorgänge in Oesterreich

Der österreichische Nationalrat hat am Mittwoch die Debatte über die Erklärung des Bundeskanzlers Dr. Seipel beendet. Der von den Sozialdemokraten eingebrachte Mißtrauensantrag gegen die Regierung sowie der Antrag auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses wurden abgelehnt.

In der Aussprache bemühte sich Nationalrat Dr. Gürtler (Christl. Soz.) im Sinne der Verständigung mit den Sozialdemokraten auch deren Auffassung und Gedankenlage gerecht zu werden. Der Redner erklärte u. a.: Wir wollen versuchen, mit allem Ernst die Dinge in dem auf die demokratische Weise gewählten Parlament auszusprechen. Die Entscheidung der Parlamente muß aber auch von jedem beachtet werden, wenn Demokratie überhaupt einen Sinn haben soll. Wenn Dr. Bauer einen Untersuchungsausschuss verlangt, so kann ich nur sagen, daß durch solche Untersuchungsausschüsse das Mißtrauen gegenüber dem Parlament verstärkt wird. Wir wollen nicht, daß sich die Bevölkerung in zwei bewaffnete Lager teilt und gegenübersteht. Wir aber können den Bewusstseinskreis, deren Interessen wir vertreten, nicht begrifflich machen, daß sie sich hegen lassen sollen. Unsere Bauern wollen Ruhe. Sie werden bestimmt nicht in den Straßen Wiens erscheinen. Aber wenn man wirklich den Appell an die Vernunft ernst meint, dann darf nicht vorher so gemischt und geschrieen werden, daß dieser Appell an die Zukunft in der entscheidenden Stunde verhallen muß.

Dr. Renner (Soz.) stellt mit Genugtuung fest, aus der Rede Dr. Gürtlers gehe hervor, daß allmählich auch in den Kreisen der Mehrheit sich schon die Auffassung vorbäugt, daß es sich nur um zwei Dinge handelte, und zwar um einen verbrecherischen Ausbruch und die polizeiliche Reaktion darauf. Der Redner begrüßt auch den von Gürtler geäußerten Gedanken, wie man den Weg des Rechtes suchen müsse. Er beklagte die Verletzung des Rechtsgefühls und die Politisierung des Rechtslebens. Der Verbrechenstreit war das einzige Mittel, um der Stimmung der Arbeiterklasse Ausdruck zu geben, und um zu verhindern, daß der ganze Arbeiterstand an den Kämpfen teilnahm.

Der Vertreter des Landbundes, Nationalrat Bischof (Oberösterreich), führte aus, daß der Landbund die Einführung der Todesstrafe für Mörder bei der Beratung des neuen Strafgesetzbuches beantragt werde. Ferner verlangt Redner die Einführung des Mißtrauens. Der Väterbund solle diese Forderungen um so mehr erfüllen, als die in Frage kommenden 100 000 Soldaten keine erste Gefahr der Entente bilden könnten.

Ein Umwözung in der Stimmung des Hauses begann mit der Rede des nächsten Landesvertreters, des christlichsozialen Abg. Migner, Ling. Schon aus dieser der Verlehrsstreit auf das schärfste verurteilt, wurden erregte Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten laut, die sich zu einem Sturm der Entrüstung steigerten, als er eine bestimmte Abteilung der Schutzbündler als Wegelagerer bezeichnete.

Gegen Ende der Debatte sprach der Vorarlberger Ozege (Christlichsozial). Die Ausführungen des geistlichen Redners gipfelten in den Bemühungen, die Parteien miteinander zu versöhnen, damit das junge Osterreich vor dem ihm drohenden Untergang bewahrt bleibe und die Deutschen Osterreichs das Gefühl erhalten, daß sie zu ihrem Vaterland gehören. Wir müssen versuchen, schloß der Redner, uns gegenseitig zu verstehen. Vor allem aber ist es nötig, daß beide Parteien sich darüber klar werden, ob sie miteinander leben, oder ob sie aneinander sterben wollen. Vor Ihnen und vor unserem Osterreich steht Leben oder Tod. Wählt! (Stürmischer anhaltender Beifall und Händeklatschen bei den Mehrheitsparteien.)

Der österreichische Gesandte in Berlin, Dr. Frank, erklärte einem Vertreter des „Demokratischen Zeitungsdienstes“ in Beantwortung einiger Fragen im Anschluß an die Wiener Vorgänge u. a., daß die Verlehrsverhältnisse in Osterreich wieder durchaus normal seien. Die Salzburger Festschritte würden programmäßig und ohne jede Verzögerung beginnen. Der Reiseverkehr nach Osterreich habe eine erhebliche Einbuße nicht erlitten. Es sei zuversichtlich zu hoffen, daß die weitere politische Entwicklung in Osterreich sich in parlamentarischen Formen vollziehen werde, wie dies durch die Parteiverhältnisse aus gegeben erscheine. Man könne vielleicht sogar hoffen, daß unter dem Eindruck des großen Unglücks alle Parteien in dem verstärkten Wunsch nach positiver Aufbaurarbeit sich finden werden. Der Gesandte erklärte dann, daß nach seiner Meinung die Ereignisse in Wien keinen Einfluß auf den Anschlußgedanken ausgeübt haben. Sie seien weder durch diese Idee hervorgerufen worden, noch dürften sich daraus irgendwelche Folgerungen ergeben. Er sei der Ansicht, daß die bedauerlichen Vorfälle in Wien, geeignet seien, die ganze Welt darauf aufmerksam zu machen, wie wichtig nicht nur für Europa, sondern für die ganze weltpolitische Lage das heute so unbefriedigend gelöste Problem „Mitteleuropa“ ist.

Annahme des irischen Staatsbürgerschaftsgesetzes. Das Parlament des irischen Freistaates hat eine Vorlage betreffend Erweiterung der Machtbefugnisse der Regierung bei Gefährdung der öffentlichen Sicherheit mit großer Mehrheit angenommen. Die 2. Beratung des Gesetzes wird erst anfangs Dezember vorgenommen werden.

Kurze Nachrichten

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen wurden am Mittwoch in Paris fortgesetzt. Der Meinungsaustausch gestaltete sich nach einer Sabasmedlung ziemlich mühsam, da die deutschen Vertreter wiederum neue Vorschläge unterbreitet hätten.

Besuch des Königs von Schweden in Baden. Der König von Schweden, der gegenwärtig beim Kronprinzenpaar in Sofienruh weilt, reist laut „Bad. Presse“ am 1. August nach Baden, um einige Wochen bei seiner Gemahlin, Königin Victoria, zu bleiben, die sich auf der Mainau befindet.

Die Lage in Rumänien. Die Zeitung „Paris Matinal“ berichtet von einem schweren Zerwürfnis zwischen der Königinwitwe von Rumänien und Bratiana. Am Todesstage des Königs habe die Königinwitwe mit dem Verlassen des Landes gedroht.

Badischer Teil

Verband Südwestdeutscher Industrieller

Am Donnerstag, den 21. Juli d. J. fand im städt. Restaurant „Tiergarten“ zu Karlsruhe unter dem Präsidium des 1. Bezirksvereinsvorsitzenden, Kommerzienrat Senator Karl Moninger, die von Verbandsfirmen sehr zahlreich besuchte 19. ordentliche Mitgliederversammlung des Bezirksvereins Karlsruhe des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller statt. An den Verhandlungen nahm u. a. Regierungsrat Müller vom badischen Ministerium des Innern teil.

Vor Eintritt in die Tagesordnung sprach der 2. stellv. Vorsitzende des Bezirksvereins, Fabrikant Dr. Eugen Geiger, Kommerzienrat Moninger zum siebzehnten Geburtstage die Glückwünsche des Bezirksvereins aus, anschließend bekanntgebend, daß vom Verband Kommerzienrat Moninger die goldene Ehrenmedaille verliehen worden sei. Kommerzienrat Moninger dankte für die ihm übermittelten Glückwünsche und Ehrungen mit bewegten Worten.

Darauf sprach das geschäftsführende Präsidiumsmitglied des Verbandes, Dr. Mied, Mannheim, über „Wirtschaftsfrage und Exportförderung“. Er schilderte einleitend ausführlich die derzeitige Wirtschaftsfrage und wies anschließend auf den Verlust der deutschen Kolonien hin, die zum Teil als die natürlichen Lieferanten für die von seiner Wirtschaft benötigten Tropenrohstoffe in Betracht kamen, weshalb Deutschland durch eine gesteigerte industrielle Warenexport die Mittel zur Bezahlung der Einfuhr der erforderlichen Rohstoffe und Lebensmittel schaffen müsse, abgesehen davon, daß die durch den Dames-Plan Deutschland bekanntlich auferlegten schweren Lasten nur durch eine weitgehende Steigerung des deutschen Exportes abgetragen werden könnten. Der Steigerung der deutschen Ausfuhr wirke aber die durch die Friedensverträge geschaffene Balkanisierung Europas, die Bildung zahlreicher neuer Staaten und Währungen in Europa, die jollpolitische Abschließung der einzelnen Länder usw. entgegen. Wie aber die Weltwirtschaft nur bei einem unbehinderten Warenaustausch sämtlicher aufeinander angewiesener Volkswirtschaften der Erde reibungslos funktionieren könne, so könne auch das Wirtschaftsleben des politisch balkanisierten Europa nur durch eine weitgehende handels- und wirtschaftspolitische Verständigung der einzelnen Länder wirksam und nachhaltig gefördert werden. Der Redner erörterte dann die Exportmöglichkeiten nach den einzelnen überseeischen Ländern unter gleichzeitiger Betrachtung des zwischen diesen Ländern und Deutschland z. B. bestehenden handelspolitischen Verhältnisses, um dann die Frage eingehend zu untersuchen, ob es ratsam sei, nur durch überseeische Importeure, die in Deutschland ihre Einkäufer haben, bzw. durch Hamburger, Bremer usw. Exporteure, welche in Übersee ihre Vertreter oder direkten Abnehmer haben, mittelbar zu exportieren, oder ob und in welchen Fällen es sich empfehle, direkt auszuführen, also direkt an geeignete eigene überseeische Vertreter, Handelshäuser usw. zu liefern. Er schilderte dann die derzeitige Wirtschaftsfrage verschiedener überseeischer Länder und gab Winke für die daraus sich gegenwärtig ergebenden Exportmöglichkeiten. Anschließend behandelte er die bei der Exportstelle des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller z. Bt. in Durchführung begriffenen Ausfuhrförderungsmittel und verwies insbesondere auch auf das im Herbst d. J. zur Ausgabe gelangende, vom Verband herausgegebene Exportadrehbuch der badischen und südbadischen Industrie, das als Exportförderungsmittel die größte Aufmerksamkeit der Ausfuhrfirmen verdiene.

Dann hielt Rechtsanwalt Dr. Hamburger, Karlsruhe einen interessanten Vortrag „über die Entwicklung des Patentschutzes und des sonstigen gewerblichen Rechtsschutzes“. Der Vortragende schilderte zunächst die verschiedenen Richtungen, welche in der Frage der Ermittlung des Schutzzumfangs des Patents im Verlehrsprozeß miteinander kämpfen; er wies auf die Rechtssprechung des Reichsgerichts von 1910 bis 1925 hin, und die seither fühlbare Änderung, die den Prozeßrichter wieder mehr in der einschränkenden und ausdehnenden Auslegung an die Vorgänge bei der Patenterteilung bindet, so daß im Verlehrsprozeß nicht nochmals ein förmliches Prüfungsverfahren erfolgt. Im Anschluß daran wurde u. a. die Behandlung der Pionierpatente, der sogenannten Scheinpatente usw. erörtert. Der nächste Teil des Vortrages befaßte sich mit dem jetzt sehr akuten und für die Industrie wichtigen Problem, ob und in welchem Umfang der Nachbau patentierter Maschinen zulässig und gestattet ist. Im letzten Teil des Vortrages legte der Referent an Hand zahlreicher Beispiele dar, wie die Rechtsprechung der obersten Gerichte den Grundbau entwickelt und festhält, daß jedes formale Recht nur innerhalb der Grenzen ausgeübt werden darf, die das Recht höherer Ordnung gibt, wie insbesondere auch das formal begründete Recht (speziell auch das Warenzeichenrecht) nicht zur Verletzung materiellen Rechts dienen darf. Der Schluß, den das Reichsgericht den Schlagworten usw. in weitestem Rahmen verleiht, die durch die Tätigkeit des Verlehrs Verlehrssetzung erlangt haben, die allmähliche Einbürgerung der Firmenmarke wurden besonders hervorgehoben. Zum Schluß wurden vom Referenten Bedeutung, Zulässigkeit und Funktion der Vorratszeichen, Vorratsmarken und Defensivzeichen an Hand von Beispielen erläutert.

An die einzelnen Referate schloß sich jeweils eine ausführliche Aussprache an.

Ergebnisse der Reichswohnungszählung in Pforzheim. Zahl der Wohnungen im ganzen 20 575, Zahl der bewohnten Wohnungen 20 470. Die Zahl der fehlenden Wohnungen betrug am 18. Mai (Tag der Zählung) 1136. Die Zahl der Wohnungsuchenden, die noch keine selbständige Wohnung haben, betrug am 25. Juli 1104.

Gute Ausführung bei billigst. Berechnung Große Auswahl

E. Büchle

Inhaber: W. Bertsch
Kaiserstraße 132
Spezialhaus für

Bilder u. Einrahmungen

Buch- und Betriebsführung

Der Reichsminister der Finanzen hat in einem Erlass vom 7. Juli 1927 nähere Anordnungen über den Aufbau des Buch- und Betriebsprüfungsdienstes sowie über die Rechte und Pflichten der Buch- und Betriebsprüfer gegeben. Hierbei hat er darauf hingewiesen, daß dem Buch- und Betriebsprüfungsamt die große ethische Aufgabe obliegt, an der Wahrung der Gerechtigkeit und Gleichmäßigkeit der Steueranforderung mitzuwirken. Es wird erneut der Leiber immer wieder aufzustandener Unterstellung entgegengetreten, als ob die Buch- und Betriebsprüfer in irgend einer Weise an dem Ergebnis ihrer Arbeit finanziell beteiligt seien. Den Buch- und Betriebsprüfern wird ein zuvorkommendes und taktvolles Verhalten gegenüber den Steuerpflichtigen zur Pflicht gemacht, gleichzeitig aber der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Steuerpflichtigen ihrerseits alles tun, um den Buch- und Betriebsprüfern ihre schwere Arbeit zu erleichtern. Der Erlass will der Aufgabe dienen, die der Reichsminister der Finanzen in seiner Rede im Reichstag vom 16. Februar 1927 mit den Worten unterstrichen hat: „Wir müssen soweit kommen, daß der Buchprüfer nicht als Feind, sondern als sachverständiger Berater und Helfer meistens der ehrlichen Steuerpflichtigen angesehen wird.“

Badische Lokal-Eisenbahnen N. O. Karlsruhe

Im Bericht über das Geschäftsjahr 1926 heißt es: Infolge Darniederliegens von Handel und Industrie waren die Einnahmen der ersten 4 Monate des Jahres 1926 erheblich gesunken. Leider hielt dieser Rückgang an. Da die Eisenbahnen wegen des Tarif- und Betriebszwanges weder in der Lage sind, ihre Einnahmen selbst zu erhöhen, noch ihre Ausgaben vorübergehend erheblich zu beschränken, ergab das Jahr 1926 eine Mindereinnahme von über 200 000 M., verglichen mit der des Jahres 1925, während die Betriebsausgaben sich nur um rd. 24 000 M. erniedrigten. Die Ausgaben für Anleihe- und Schulzinsen stiegen andererseits erheblich. Unter diesen Umständen war es wieder nicht möglich, Mittel für Erneuerung und Vermehrung der Betriebsmittel und des Oberbaues in nennenswertem Maße aufzubringen. Man mußte sich daher darauf beschränken, die Bahnen in betriebsfähigem und betriebsicherem Zustand zu erhalten.

Aber die einzelnen Linien ist zu berichten: Bei der Albstadtbahn wurde im Betriebsjahr eine größere Zahl von Weichen in verstärkter Form erneuert. Die Einnahmen gingen sowohl im Personen- wie im Güterverkehr empfindlich zurück, so daß die Bahn im Berichtsjahr einen Zuschuß von rd. 72 000 M. erforderte, ohne daß an Rücklagen und Abschreibungen gedacht werden konnte. — Auf der Nebenbahn Bruchsal-Gilsbach-Wieningen wurde mit dem Umbau der Strecke Albstadt-Stettfeld im Profil 6'e begonnen. Auch auf dieser Bahn waren weitere Erneuerungen oder Verbesserungen nicht möglich. Die Bahn erforderte einen Zuschuß in Höhe von rd. 30 000 M. — Während bei der Bahnhofs- und Nebenbahn erheblich geringer waren als die des Vorjahres, war es möglich, die Ausgaben zu verringern, da größere Instandsetzungen des Oberbaues unterblieben, so daß ein kleiner Überschuß blieb. — Der größte Interessent und Anschlaggleisbesitzer der Nebenbahn Redarbischofsheim-Düffelhart war zusammengebrochen. Infolge der mangelnden Bautätigkeit stellten sich weitere Anschlaggleisbesitzer ihren Betrieb im Berichtsjahr ein, so daß zeitweise sämtliche Anschlaggleise stilllagen. Die Folge davon war, daß diese kleine Nebenbahn im Berichtsjahr einen Zuschuß von über 40 000 M. erforderte. Wenngleich die Verhältnisse im Jahr 1927 sich gebessert haben, wird immer damit zu rechnen sein, daß diese Bahn eine Zuschußbahn bleibt. Unter diesen Umständen hat der Kreis Karlsruhe als fast ausschließlicher Aktionär die Gesellschaft aufgefordert, diese kreisfremde Bahn stillzulegen. Entsprechender Antrag war bei der Aufsichtsbehörde eingereicht. — Auch bei der Nebenbahn Wiesloch-Redelsheim-Waldbühnen sanken die Einnahmen erheblich, doch war es möglich, durch Verminderung der Ausgaben annähernd den Ausfall auszugleichen, so daß ein unwesentlicher Überschuß verblieb, ohne daß es jedoch möglich war für Erneuerungen und Abschreibungen zu sorgen.

Wenn nach dem Bericht des Vorjahres bereits Ende 1926 die Lage der Gesellschaft illiquid war, so hat sich dieser Zustand im Jahr 1926 erheblich verschärft. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß sämtliche Verbesserungen und Erneuerungen, welche seit 1923 ausgeführt wurden, aus dem Betriebskapital bezahlt werden mußten, dem insgesamt rd. 250 000 M. für diesen Zweck entnommen werden mußte. Da der jetzige Zustand nicht haltbar ist, ist beabsichtigt zur Deckung der bisherigen und der weiteren Vermehrungen und Verbesserungen der Anlagen ein Anleihen aufzunehmen, für welches der Kreis Karlsruhe als Hauptaktionär die Bürgschaft zu übernehmen sich bereit erklärt hat.

Die Ergebnisse des Jahres 1927 werden voraussichtlich günstiger sein, als die des Vorjahres, da wie bei allen deutschen Bahnen, der Verkehr und damit die Einnahmen anwachsen. Die Gesellschaft wird jedoch kaum in der Lage sein, die Verbesserung der Wirtschaft voll auszunutzen, da die Konkurrenz der Autos sich immer mehr bemerkbar macht. Namentlich in der Nähe der Städte wandert ein beträchtlicher Teil des Verkehrs auf Last- und Personenautos ab. Die Vergütungen der Reichspostverwaltung für die Leistungen der Bahnen im Postinteresse werde als ganz ungenügend bezeichnet. Wie der Verein Deutscher Straßenbahnen, Kleinbahnen und Privatbahnen mittels, ist eine Vereinbarung zustande gekommen, nach welcher die Vergütungen erheblich erhöht werden sollen, doch ist die Vereinbarung noch nicht in Kraft getreten.

Weltbund für Freundschaftsarbeiten der Kirchen

Der im Jahre 1914 in Konstanz tagende, durch den Kriegsausbruch jah unterbrochene, Gründungskongreß des Internationalen Arbeitsausschusses des Weltbundes für Freundschaftsarbeiten der Kirchen trat am Mittwoch wiederum in Konstanz zu einer ähnlichen Arbeitstagung zusammen. Der Kongreß ist von rund 50 Delegierten aus 35 verschiedenen Ländern besucht. Die Beratungen leitete Professor Dr. Siegmund Schulte, Berlin. Am Abend fand im Anschluß daran im Konzil eine öffentliche Versammlung statt. Nach einleitenden Worten von Professor Dr. Schulte der auf die Ziele des Weltbundes kurz hinwies, begrüßte Oberbürgermeister Dr. Wörle die Versammlung im Namen der Stadt. Er gab historische Erinnerungen aus der Glanzzeit der Geschichte der Stadt Konstanz, besonders aus der Zeit des großen Konzils. Sodann sprachen noch der evangelische Kirchenpräsident von Baden, Württemberg, Karlsruhe, der evangelische Stadtpfarrer Blum, Konstanz, ferner Sir Willoughby Dickinson, London, der Erzbischof Stefan von Sofia und Erzbischof Arenas aus Rom. Die Vorträge waren von musikalischen und gesanglichen Darbietungen umrahmt. Der Schwarzwalderische Kinderchor aus Berlin, der aus etwa 200 Kindern bestand, brachte sehr schöne Lieder zum Vortrag. Die geschlossene Tagung des Arbeitsausschusses wird heute fortgesetzt.

Weitere Tunnelbauten an der Schwarzwaldbahn

Die Ausbesserungs- und Erneuerungsarbeiten an der Schwarzwaldbahn schreiten immer weiter voran, und erstrecken sich jetzt auch auf weitere Tunnel zwischen der Station Niederrast und der Blockstelle Niederrast. Es werden beide Portale am Hohenadertunnel, sowie die oberen Portale am Tunnel beim dritten Bauer und am Felsenbergertunnel erneuert. Am Hohenadertunnel sind 3500 Kubikmeter Abbruch und Felsabtrag und 850 Kubikmeter Mauerwerk auszuführen, an den beiden anderen zusammen 2500 Kubikmeter Abbruch und Felsabtrag und 1300 Kubikmeter Mauerwerk.

Gemeinde-Rundschau

Der Bürgerausschuß Offenburg hat am Mittwoch in nahezu siebenstündiger Verhandlung den Voranschlag für das Rechnungsjahr 1927 mit 8 008 200 M. unter Zustimmung aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten genehmigt. Die endgültige Umlage ist für das Grundvermögen 99 Pf. aus 86 Millionen mit 356 400 M., vom Betriebsvermögen 40 Pf. aus 11,25 Millionen mit 45 000 M. und vom Gewerbevermögen 40 Pf. aus 24 Millionen mit 118 000 M., zusammen 520 200 M., was den ungedeckten Aufwand darstellt. Die endgültige Umlage für das Jahr 1926/27 wurde mit 80 Pf. vom Gewerbe- und Betriebsvermögen belassen. Man hat das neue Grund- und Gewerbevermögen in Offenburg für das Jahr 1926 nicht zugrunde gelegt. Außerdem wurden 65 000 M. bewilligt, wovon 50 000 M. von der badischen Regierung als Darlehen gegeben werden, zu einem Neubau von sechs Wohnungen für die Beamten der Sicherheitspolizei.

Umbau des Personenbahnhofs Sigen. Der neuerbaute Güterbahnhof in Sigen wird am kommenden Sonntag mit einer kleinen Feier in Betrieb genommen werden. Er ist mit allen modernen Erfordernissen ausgestattet, so daß sich die neuen Güterbahnhofsanlagen als in jeder Hinsicht vortrefflich präsentieren. Nach der Inbetriebnahme wird der alte Güterbahnhof abgebrochen und der so gewonnene Platz für den Personenbahnhof und die Erweiterung der Industriezone nutzbar gemacht werden. Wenn diese Arbeiten durchgeführt sind, werden auch die unzulänglichen Verhältnisse auf dem Sigenener Personenbahnhof wohl beseitigt sein.

Zur Frage der Rheinbrücke Waldshut-Koblentz. Die zwischenstaatliche Brückenkommission, die deutschseits sich zusammensetzt aus Bürgermeister Dr. Forster, Landtagsabgeordneter Fischer und Gemeindevorsteher (Waldshut), schweizerseits aus Großrat Bugmann, Ingenieur Maltau und Gemeindevorsteher (Koblentz) hat — wie aus Waldshut berichtet wird — ihre Besprechungen beendet. Es kann als feststehend angesehen werden, daß die 1921 ausgeführten Verhandlungen zwischen Baden und der Schweiz unzulänglich wieder aufgenommen werden. Die Finanzierung in der Schweiz ist bereits durch Dekret gesichert, bei Baden enthält der Staatsvoranschlag den ersten Teilbetrag. Die badische Wasser- und Straßenbaudirektion in Karlsruhe ist durch den Finanzminister für den sofortigen Inangriffnahme der Änderungsentwürfe an dem vom Jahre 1914 stammenden Projekt beauftragt worden. Mit der Ausführung dieser Brücke, die seit nahezu 100 Jahren teilweise sehr lebhaft gefordert wurde, wird es nun Wirklichkeit. Es wird dadurch eine sehr wichtige, leistungsfähige Verbindungsstraße zwischen den schweizerischen und badischen Oberengebietern geschaffen, namentlich eine Anfahrtsstraße nach Zürich und Luzern über Waldshut, St. Blasien und Freiburg.

D. J. Schönan i. W., 27. Juli. Am kommenden Sonntag, den 31. Juli, findet hier die Einweihung der neuerbauten evangelischen Kirche statt. Gleichzeitig wird der evangelische Diasporatag des südlichen Schwarzwaldes hier abgehalten.

Aus der Landeshauptstadt

Wetterbericht der Landeswetterwarte Karlsruhe. Nach der weiteren Temperatursteigerungen, bei der vielfach 30 Grad überschritten wurde, ist es gestern nachmittag bis in die Nacht zu verbreiteten Gewittern gekommen. Da sie bei uns nur von geringen Strichregen begleitet waren, blieb es zunächst schwül. Mit der östlichen Verlagerung des Luftwirbels ist kühlere Luft durchgebrochen, womit stärkere Wolkenbildung und einzelne ergiebigerer Regen zum Teil unter Gewittererscheinungen bevorzugen. Abends danach wird der im Westen auffommende hohe Druck weiter Aufheiterung und Erwärmung bringen.

Wiener Operette im Konzerthaus. Heute gelangt „Die Zirkusprinzessin“ mit Eva Deyer und Willi Wahle in den Hauptrollen zur Aufführung. Für morgen ist eine Wiederholung von Johann Strauß' melodischer Operette „Wiener Blut“ angesetzt. Am Samstag geht neu einstudiert die Operette „Dollarsprinzessin“ von Leo Fall, unstreitig das beste Werk des früh verstorbenen Komponisten mit Eva Deyer und Willi Wahle in Szene. Dirigent Ernst Pollini, szenische Leitung Willi Stadler. — Als zweite Nachmittagsvorstellung wird Sonntag, 31. Juli um 8 Uhr Emmerich Kalman's „Gazdasfürin“ gegeben, während als Abendvorstellung desselben Komponisten „Zirkusprinzessin“ angesetzt ist.

Verschiedenes

Katastrophe eines Verkehrsflugzeugs

Mittwoch nachmittag mußte das Flugzeug D 206 zwischen Paffel und Gießen eine Notlandung vornehmen. Hierbei kamen der Passagier, ein Herr Bauer aus Hofgeismar, sowie der Bordwart Hlow aus Wesen. Der Flugzeugführer, Rudolf Dör, und Dr. Wäch von der Wetterwarte Frankfurt a. M. sowie der Passagier Herr Kollmann aus Hannover-Linden wurden tödlich verletzt. Nach der Landung wurde das Flugzeug durch Brand beschädigt. Die Katastrophe ereignete sich am Abhang eines mit Kaskaden bedeckten steilen Berges bei dem Städtchen Amöneburg. Es ist beobachtet worden, daß der Apparat plötzlich in schlingender Bewegung geriet. Jedoch konnte nicht mit Sicherheit festgestellt werden, ob die Explosion nach dem Aufschlag erfolgte oder ob der Motor schon in der Luft explodierte. Die meisten Augenzeugen melden übereinstimmend, daß die Explosion erst am Boden stattfand, nachdem das Flugzeug mit dem Vorderteil gegen die steile Böschung des Bergabhanges gestoßen war. Der hintere Teil des Apparates brach sofort ab. Die Insassen des vorderen Teiles, Flugzeugführer Rudolf Dör, Bordwart Hlow und der Passagier Dr. Wäch verbrannten mit dem Flugzeug. Die beiden Passagiere des hinteren Teiles, Bauer und Kollmann, sprangen, soweit sich der Fallschirm bei der Geschwindigkeit des Vorgehens beobachten ließ, kurz vor dem Abstürzen aus dem Flugzeug und fielen die Böschung etwa 8 Meter tief hinunter. Hier blieben sie schwer verletzt liegen.

Kurze Nachrichten aus Baden

D. J. Friedrichs (Heidelberg), 27. Juli. Heute Vormittag kletterte ein 9 Jahre alter Knabe auf einen Gittermast der elektrischen Hochspannungsleitung, um ein Vogelneß herunterzuholen. Dabei kam er mit der Hochspannungsleitung in Berührung, die den Körper des Knaben sofort anzog und ihn auf der Stelle tötete. Der ganze Körper ist vollständig verkohlt.

* Baden-Baden, 27. Juli. Dem Griechischen Konsul in Baden-Baden, Hans Georg Kax, ist durch den Präsidenten der Griechischen Republik, das goldene Kreuz des Erlöserordens zugleich mit der Ernennung zum Offizier des Ordens, verliehen worden.

* Konstanz, 27. Juli. Wie die „Deutsche Bodenseezeitung“ berichtet, ist die Reichsbahndirektion bereit, den unbenutzten Teil der Rheinbrücke freizugeben. Die Freigabe dieses Teils der Brücke gestattet, den Sulzseig zu verbreitern, so daß dann der Personenverkehr möglich ist.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

| | 28. Juli | | 27. Juli | |
|-----------------------|----------|--------|----------|--------|
| | Geld | Brief | Geld | Brief |
| Amsterdam 100 G. | 168.25 | 168.59 | 168.35 | 168.69 |
| Kopenhagen 100 Kr. | 112.37 | 112.59 | 112.40 | 112.62 |
| Italien . . . 100 L. | 22.86 | 22.90 | 22.26 | 22.90 |
| London . . . 1 Pf. | 20.393 | 20.433 | 20.398 | 20.438 |
| Netherlands . . 1 D. | 4.195 | 4.2075 | 4.202 | 4.210 |
| Paris . . . 100 Fr. | 16.435 | 16.475 | 16.435 | 16.475 |
| Schweiz . . . 100 Fr. | 80.885 | 81.045 | 80.91 | 81.07 |
| Wien 100 Schilling | 59.11 | 59.23 | 59.15 | 59.27 |
| Prag . . . 100 Kr. | 12.449 | 12.469 | 12.454 | 12.474 |

Generalversammlung der Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe. In der Generalversammlung am Mittwoch, in der 63 976 Stammaktien vertreten waren, wurden sämtliche Punkte der Tagesordnung gegen eine kleine Opposition (763 bzw. 1 448 Stimmen) genehmigt. Einer der Opponenten, der 699 Stimmen vertret, wandte sich gegen die Höhe des Anstufungsbonus, insbesondere der Gehälter, und erwähnte ein Angebot einer ausländischen Finanzgruppe, das nur eine Zusammenlegung von 2:1 statt der jetzt vorgeschlagenen von 5:2 erforderte hätte. Die Verwaltung wies demgegenüber darauf hin, daß die Gehälter sich durchaus in dem üblichen Rahmen bewegten, und daß das erwähnte Angebot deshalb nicht verwirklicht worden sei, weil die Finanzgruppe dieses zurückgezogen habe. Auch ein Antrag auf Einsetzung einer Revisionskommission wurde mit allen gegen 763 Stimmen abgelehnt und mit demselben Stimmenverhältnis die Bilanz erledigt, sowie Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung erteilt. Ferner wurde mit derselben Stimmenzahl der vorgeschlagene Zusammenlegung des Aktienkapitals von 5:2 genehmigt. Die Herabsetzung des Stimmrechts der Vorzugsaktien von 20fachen auf das 8fache wurde gegen 1 448 Stimmen genehmigt, die eine stärkere Herabsetzung des Stimmrechts bzw. gänzliche Abschaffung der Vorzugsaktien verlangt hatten. Auf eine Anfrage eines Aktionärs wurde noch mitgeteilt, daß der Umsatz des abgelaufenen Geschäftsjahres 3 1/2 Millionen betragen habe, daß sich der Auftragsbestand in den letzten Monaten gegenüber dem Vorjahre um 70 Proz. erhöht habe, u. daß die Verwaltung nach Durchführung der Sanierung hoffe, vom nächsten Jahre ab wieder zu einer Prosperität u. zu einer Dividendenverteilung zu gelangen. Ein Opponent mit 699 Stimmen hatte die vorgesehene Sanierung als noch nicht ausreichend genug bezeichnet und legte gegen die sämtlichen Beschlüsse der Generalversammlung Protest ein. Die Anträge wegen Herabsetzung bzw. gänzlicher Abschaffung der Vorzugsaktien sollen auf die Tagesordnung der nächsten Generalversammlung gesetzt werden. In den Aufsichtsrat wurden neu hinzugewählt Justizrat Dr. Waldschmidt, Berlin, Staatssekretär a. D. Hermann Walthert, Berlin, Direktor Luz von der Rheinischen Kreditbank und Bankier Otto Kaufmann als Vertreter des Kölner Bankhauses Salomon Oppenheimer u. Co.

Staatsanzeiger

Nr. 73 363.

Norm. VI, XXVI

Die Erhebung von Gemeindezuschlägen zur Grunderwerbsteuer.

An die Gemeinden und Gemeindeaufsichtsbehörden.

Es besteht Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß Gemeindebeschlüsse, welche die Erhebung eines Gemeindezuschlags zur Grunderwerbsteuer auf Grund des § 38 Absatz 1 des Finanzausgleichsgesetzes und des § 3 Ziffer 1 des badischen Gesetzes über Grunderwerb- und Zuwachssteuer vom 22. Juli 1920 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 427) zum Gegenstand haben, eine von den Grundbesitzern der Reichsgrunderwerbsteuer (vgl. Bekanntmachung der neuen Fassung des Grunderwerbsteuergesetzes vom 11. März 1927 Reichsgesetzblatt I Seite 72) abweichende Abstufung der Steuerjahre nicht enthalten dürfen. Dies gilt sowohl für Abstufungen nach in der Person der Steuerpflichtigen liegenden Merkmalen wie von solchen nach dem Wert der Grundstücke oder nach ihrer Natur als bebauter oder unbebauter Grundstücke, als Bauplätze oder als solche Grundstücke, die innerhalb bestimmter Zeit überbaut werden. Gemeindebeschlüsse, die solche Abstufungen enthalten, können infolge dieses Verstoßes gegen das geltende Recht nicht vollzogen werden. Die Gemeindeaufsichtsbehörden werden daher, da derartige Gemeindebeschlüsse einer Staatsgenehmigung nicht unterliegen, im Wege des § 9 der Gemeindeordnung die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zu überwachen und nötigenfalls für die Befreiung von Beständen zu sorgen haben. Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß es im Interesse einer geordneten Erhebung der Zuschläge zur Grunderwerbsteuer notwendig ist, wenn die darauf bezüglichen Gemeindebeschlüsse unmittelbar nach der Beschlussfassung durch Vermittlung der Staatsaufsichtsbehörde dem Landesfinanzamt vorgelegt werden.

Karlsruhe, den 26. Juli 1927.

Der Minister des Innern
J. B. Höhrenbach

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:
Zum Obergerichtsverwaltermeister Obergerichtsverwaltermeister Ludwig Kühnle in Wiesental, Amt Bruchsal, Polizeiwachmeister Johann Fries in Freiburg zum Polizeioberwachmeister, Polizeioberwachmeister Emil Beuge in Baden zum Polizeioberwachmeister in Mannheim.

Verlegt:
Landesökonomierat Bösch in Graben nach Bruchsal.

Unerwartet schnell verstarb Dienstag, den 26. Juli abends nach nur kurzem Krankenlager Herr

Konrad Schleich

Schriftfeger.

Dankbar gedenkt die Firma der pflichteifrig geleisteten guten Dienste des leider schon im 37. Lebensjahre verschiedenem fleißigen Mitarbeiters.

Karlsruhe, am 27. Juli 1927.

G. Braun
(vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei u. Verlag)
G. m. b. H.

Städt. Sparkasse Bruchsal.

Vermögens-Darstellung 1926.

| A. Vermögen. | | Rh |
|---|----------------------------|--------------|
| Verwaltungs-Gebäude | 1,00 | |
| Sonstige Gebäude | 179 144,19 | |
| Darlehen auf Hypotheken | 1 182 035,48 | |
| Sonstige Forderungen | 92 000,00 | |
| Schuldscheindarlehen gegen Bürgschaft | 197 859,00 | |
| Wechsel | 132 034,14 | |
| Bausparbuch und Postsparkonto | 368 954,44 | |
| Kontokorrent | 1 178 536,46 | |
| Einnahmerückstände | 12 824,55 | |
| Gerätschaften | 11 917,60 | |
| Kassenvorrat am 31. Dezember 1926 | 43 877,12 | |
| | 3 399 183,98 | |
| B. Schulden. | | Rh |
| Guthaben der Einleger u. Giro | 2 789 227,19 | |
| Aufwertungs-Konto | 585 661,37 | 3 374 888,56 |
| (Darin Rücklagen früherer Jahre | 54 147,99 | |
| Mithin Geschäftsgewinn | 24 295,42 | |
| Die Rücklagen betragen aus früheren Jahren | 54 147,99 | |
| Mithin Reinvermögen auf 31. Dez. 1926 | 78 443,41 | |
| Der Reservefonds hat aus 2 789 227,19 Rh 5% zu betragen | 139 461,41 | |
| Fehlender Betrag zur Rücklage | 61 018,00 | |
| Bruchsal, den 25. Juli 1927. | R. 199 | |
| Der Verwaltungsrat: | Städt. Sparkasse Bruchsal: | |
| Dr. Meißner. | Sommer. Frühlich. | |

Operette im Konzerthaus

Morgen Freitag, den 29. Juli 1927, abends 7 1/2 Uhr

Die Strauß-Operette

Wiener Blut

Karten bei Müller, Kaiserstr., Holzschub, Werderstr., Brunner, Kaiseralle, Verkehrsverein, Kaiserstr., Konzerthauskasse und teleph. (7260) zu M. 1.50-5.50. Samstag: Die Dollarprinzessin

Öffentliche Sparkasse Langensteinbad.

Bilanz auf 31. Dezember 1926.

| Vermögen. | | Rh | Verbindlichkeiten. | | Rh |
|--|-------------------|----|-----------------------------------|-------------------|----|
| 1. Kassenvorrat | 14 611,05 | | 1. Spareinlagen | 135 690,42 | |
| 2. Guthaben bei Banken, Girozentrale und Postsparkasse | 15 862,07 | | 2. Giro- und Kontokorrenteinlagen | 8 203,07 | |
| 3. Wechsel | 486,— | | 3. Sonstige Einlagen | 637,81 | |
| 4. Darlehen a. Hypotheken | 119 712,35 | | 4. Anleihen- und andere Schulden | 50 200,— | |
| 5. Darlehen in laufender Rechnung an Private | 12 965,96 | | 5. Ausgaberrückstände | 9 112,40 | |
| 6. Darlehen auf Schuldschein | 36 152,13 | | a) gefehl. Reservefonds | 4 002,45 | |
| 7. Darlehen an Gemeinden | 1 901,22 | | b) Sonderrücklage | 1 724,34 | |
| 8. Einnahme-Rückstände | 13 266,— | | 7. Reingewinn vom Jahre 1926 | 5 387,29 | |
| 9. Gerätschaften | 1,— | | | | |
| | 214 957,78 | | | 214 957,78 | |

Berechnung der Rücklage.

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:

| | |
|---------------------------------------|--------------|
| 5% aus Rh 144 531,30 Einlagen | Rh 7 226,56 |
| Sie betrug auf Schluß des Jahres 1926 | Rh 11 114,08 |
| Somit mehr | Rh 3 887,52 |

Langensteinbad, den 27. Juli 1927.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: gez. Schöpfle, Bürgermeister.

Der Geschäftsleiter: gez. Veder.

Für jedermann

günstige Gelegenheit z. Anschaffung v. prima deutschen Qualitäts-

Teppichen

ohne Anzahlung lieferb. geg. Monatsraten von nur

10 Mark.

Fordern Sie unverbindlich Vertreterbesuch unter G.605 der Karlsruher Zeitung.

Beziehung von Bezirksärztlstellen.

Die Bezirksärztlstellen Mannheim I und Wiesloch sind in Erledigung gekommen. Bewerbungen sind bis **15. August 1927** hier einzureichen.

Karlsruhe, den 27. Juli 1927.

Der Minister des Innern:

J. B. Föhrenbach.

Stellenausschreiben.

Bei dem unterzeichneten Vermessungsamt sind die neugeschaffenen Stellen von zwei mittleren Vermessungsbeamten aus der Reihe der geprüften badischen mittleren Vermessungsbeamten alsbald zu besetzen. Die Anstellung erfolgt zunächst im Angestelltenverhältnis auf Privatdienstvertrag in Besoldungsgruppe VI oder VII der Stadtbefoldungsordnung je nach Eignung und bisherigem Dienstalter. Bei vorzüglicher Dienstleistung ist spätere Anstellung im Beamtenverhältnis in Aussicht genommen.

Den Bewerbungen, welche bis **15. September d. J.** einzureichen sind, ist anzuschließen: Ein selbstverfähter und selbstgeschriebener ausführlicher Lebenslauf, ein Geburtschein, ein auf Grund eines Strafregisterauszugs ausgefertigtes Leumundszugnis, der Nachweis der bestandenen Fachprüfung, lückenlose Bescheinigungen und Führungszeugnisse in Urchrift oder beglaubigten Abschriften, Zeichen- und Schreibeprüfungen. Die in Aussicht genommenen Bewerber haben sich vor der Anstellung einer ärztlichen Untersuchung durch das städtische Gesundheitsamt zu unterziehen.

Freiburg i. Br., den 26. Juli 1927.

Städtisches Vermessungsamt.

Stellenausschreiben.

Bei der Zentralverwaltung der Stadt Freiburg im Breisgau ist die neu geschaffene Stelle eines

Secretariatsbeamten

alsbald zu besetzen. Die Anstellung erfolgt im Beamtenverhältnis mit Einreihung in Gruppe VII oder VIII der Stadtbefoldungsordnung. Bei Bewährung besteht Beförderungsmöglichkeit nach der für die Secretariatsbeamten der Zentralverwaltung getroffenen Regelung. Erforderliche Arbeitskräfte, welche die städtische oder die staatliche Obersekretärprüfung für den gehobenen mittleren Verwaltungsdienst mit gutem Erfolg abgelegt haben, in der Gemeindeverwaltung bereits erfolgreich tätig waren und praktische Erfahrungen besitzen, wollen ihre Bewerbungen bis **15. August d. J.** anher einreichen.

Den Bewerbungsschreiben ist anzuschließen: Ein selbstverfähter und selbstgeschriebener Lebenslauf, ein Geburtschein, ein auf Grund eines Strafregisterauszugs ausgefertigtes Leumundszugnis, der Nachweis der bestandenen Fachprüfung, lückenlose Bescheinigungen und Führungszeugnisse in Urchrift oder in beglaubigten Abschriften. Bewerber muß Fertigkeit in einer Kurzschrift besitzen. Der in Aussicht genommene Bewerber hat sich vor der Anstellung einer ärztlichen Untersuchung durch das städtische Gesundheitsamt zu unterziehen.

Freiburg, den 20. Juli 1927.

Der Oberbürgermeister.

Für die Reise

in großer Auswahl

Schokoladen in Tafeln und eleganten Packungen

Feinste Erfrischungs-Bonbons — Pfefferminzen aller Art — Feinste Waffeln

Geschw. Maisch

Karlsruhe, Kaiserstr. 161, Eingang Ritterstr., vis-à-vis dem Döringschen Spielwaren-Geschäft. Tel. 1985.

Nehmen Sie

bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

Zum Wirken durch Wissen führt WISSEN UND WIRKEN

Die neuen Bände der Sammlung:

- | | |
|--|--|
| Dr. G. Lehmann in Berlin. „Das religiöse Erkennen.“ (1.80) | Hauptlehrer Philipp Hördt in Heidelberg. „Muttersprache und Volkserziehung.“ (Päd. S.-R. 3.) (3.—) |
| Dr. C. Haeblerlin in Bad Nauheim. „Die Gefüge des Lebendigen.“ (1.20) | Studiendirektor Dr. Max Müller in Lage (Lippe). „Die französische Philosophie der Gegenwart.“ (1.20) |
| Dr. R. Cagnap in Buchenbach. „Physikalische Begriffsbildung.“ (1.20) | Prof. Dr. Arthur Drews in Karlsruhe. „Die Leugnung der Geschichtlichkeit Jesu in Vergangenheit und Gegenwart.“ (4.80) |
| Prof. Dr. C. A. Emge in Jena. „Hegels Logik und die Gegenwart.“ (1.20) | Prof. Dr. E. Stern in Gießen. „Zufall und Schicksal.“ (1.20) |
| Dr. A. Wenzl in München. „Das unbewusste Denken.“ (1.20) | Prof. Fr. Breusch in Freiburg i. Br. „Ziele und Wege des Unterrichts in Mathematik und exakten Naturwissenschaften. I. Mathematik.“ (Päd. S.-R. 4.) (1.80) |
| Prof. Dr. E. Probst in Karlsruhe. „Aufgaben und Ziele der Technischen Hochschulen.“ (Päd. S.-R. 7.) (1.20) | Prof. Fr. Breusch in Freiburg i. Br. „Ziele und Wege des Unterrichts in den exakten Wissenschaften. II. Chemie.“ (Päd. S.-R. 5.) (1.80) |
| Dr. A. Möller in Graz. „Der Schauspieler.“ (1.80) | |
| Prof. Dr. Engelbert Krebs in Freiburg i. Br. „Wesen und Werden des Glaubens nach katholischem Verständnis.“ (1.20) | |
| Dr. Gerhard Storz, Das Theater in der Gegenwart. Eine zeitkritische Untersuchung. (3.—) | |

Die Umschau schreibt: „Es sind Werkohen, welche eine ernstere Vertiefung in die Materie beanspruchen, die vielen willkommen sein wird.“

Verlangen Sie ausführliche Verzeichnisse vom
VERLAG G. BRAUN, KARLSRUHE